

INHALT

- | | |
|--|---|
| <p>58. <i>Planungsverbände – Aufgaben, Satzung und nächste Schritte</i></p> <p>59. <i>Zur Vertretung von Gemeinderatsmitgliedern im Gemeinderat und in den gemeinderätlichen Ausschüssen</i></p> <p>60. <i>Verbuchung von Mahngebühren</i></p> | <p>61. <i>Kilometergeld und Reisezulage</i></p> <p>62. <i>Aktion „Löschdecken retten Leben“</i></p> <p><i>Verbraucherpreisindex für Oktober 2005 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|--|---|

* * * * *

Die Gemeindereferentin der Tiroler Landesregierung Landesrätin Dr. Anna Hosp und die Angehörigen der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes der Tiroler Landesregierung wünschen allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Mitgliedern der Gemeinderäte und Gemeindebediensteten sowie allen Leserinnen und Lesern des Merkblattes ein frohliches, gnadenvolles Weihnachtsfest und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr.

* * * * *



58.

Planungsverbände – Aufgaben, Satzung und nächste Schritte

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Dezember 2005 die Verordnung über die Bildung von Planungsverbänden und deren Satzung beschlossen. Die Verordnung wird in den nächsten Tagen im Landesgesetzblatt für Tirol verlautbart werden und mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft treten. Im folgenden Aufsatz sollen die Aufgaben und die Satzung der Planungsverbände kurz vorgestellt und die nächsten Schritte besprochen werden.

1. Ausgangssituation und Zielsetzungen

In der Raumordnung standen in den vergangenen Jahren die Erstellung der örtlichen Raumordnungskonzepte und die Neuerlassung der Flächenwidmungspläne im Vordergrund. Die umfangreichen Planungsaktivitäten haben gezeigt, dass ein großer Bedarf nach einer Zusammenarbeit der Gemeinden und einer gegenseitigen Abstimmung der Entwicklung besteht. Zwar arbeiten die Tiroler Gemeinden in verschiedenen Aufgabebereichen bereits derzeit zusammen, zumeist geschieht

dies in Form so genannter Zweckverbände, welche auf Basis von Vereinbarungen zwischen den Gemeinden gebildet werden. In Fragen der Raumordnung und der räumlichen Entwicklung ist die Zusammenarbeit jedoch nicht sehr ausgeprägt. Zum einen hat es hier an geeigneten Instrumentarien gefehlt, die bisher bestehenden Kleinregionen konnten die diesbezüglichen Erwartungen weithin nicht erfüllen. Zum anderen war auch die entsprechende Bereitschaft bei vielen Gemeinden bisher nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

Für den gestiegenen Bedarf an gemeindeübergreifender regionaler Zusammenarbeit und Abstimmung sind eine Reihe von Gründen zu nennen:

Zunächst einmal hängt dies mit der gestiegenen Mobilität der Bevölkerung zusammen. War früher die eigene Gemeinde das primäre Lebensumfeld, in dem Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeitgestaltung stattfanden, so werden diese Aktivitäten nunmehr in wesentlich größeren Räumen entfaltet. Indem sich das Lebensumfeld der Bevölkerung über die Gemeinde hi-

nausgehend auf die umgebende Region entfaltet, nehmen die regionalen Verflechtungen und Austauschbeziehungen zu. Von Seiten der Raumordnung und Infrastrukturplanung muss diesem Aspekt vermehrt Beachtung geschenkt werden.

Aufgrund der knappen räumlichen Verhältnisse in Tirol und der hohen Nutzungsdichte in den Zentralräumen gelangen zahlreiche Gemeinden an die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten. In vielen Fällen stoßen die Baulandbereiche von Gemeinden bereits direkt aneinander. Die weitere räumliche Entwicklung einer Gemeinde betrifft in solchen Räumen in hohem Maße auch die Nachbargemeinden. In den Zentralräumen Tirols, vor allem im Raum Innsbruck, aber auch in den Bezirkshauptorten ist eine zunehmende Funktionsteilung zu beobachten, das heißt, einzelne raumwirksame Entwicklungen werden aus den Zentren in die angrenzenden Gemeinden „ausgelagert“. In solchen Fällen kann eine geordnete räumliche Entwicklung nur durch eine zusammenschauende Betrachtung der gesamten (Stadt-)Region verfolgt werden.

Die steigenden Anforderungen an wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte zwingen zu einer regionalen Abstimmung und Schwerpunktsetzung in Fragen der Wirtschafts- und Standortentwicklung. Auch die zu beobachtende Ausdünnung der ländlichen Infrastruktur gibt Anlass, über „neue Versorgungsmodelle“ nachzudenken, bei denen ebenfalls die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene eine große Rolle spielt.

Die Gemeinden sind mit einer zunehmenden Fülle an Aufgaben konfrontiert, vor allem für kleinere Gemeinden wird es angesichts der knappen öffentlichen Mittel zunehmend schwieriger, diese zu bewältigen. Die Stärkung der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene ist ein möglicher Ansatz für die Gemeinden, Synergieeffekte und Kosteneinsparungen zu erzielen sowie Erleichterungen bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben herbeizuführen.

Der aufgezeigten Entwicklung Rechnung tragend ergibt sich die grundsätzliche Handlungsnotwendigkeit, die Regionen zu stärken, wobei die verfassungsrechtlich verankerte Gemeindeautonomie zu wahren ist.

Die Frage, welche Handlungsfelder künftig besser auf regionaler Ebene angesiedelt sind, ist aber nicht nur von der Gemeindegseite her zu beurteilen. Ebenso geht es auch darum, von Landesseite aus die Eigenverantwortlichkeit von Regionen zu stärken.

Als Basis braucht es dazu eine institutionelle Plattform, die Regionen handlungsfähig macht. Selbstver-

ständiglich ist dabei eine Vernetzung mit verwandten Einrichtungen, die die Zusammenarbeit fördern, notwendig und es gilt, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

Eine nicht unwesentliche Zielsetzung ist es in diesem Zusammenhang auch, die verschiedenen ordnungs- und entwicklungspolitischen Bestrebungen auf regionaler Ebene verstärkt miteinander zu verknüpfen.

Diese grundsätzlichen Zielsetzungen betreffen in inhaltlicher Hinsicht insbesondere

- die Schaffung von Voraussetzungen für eine abgestimmte räumliche Entwicklung in den funktional eng verflochtenen Regionen;
- die regionale Abstimmung der örtlichen Raumordnung;
- Standortoptimierungen für Infrastruktur und Wirtschaft;
- Erzielung von Kostenvorteilen durch gemeinsame Besorgung von Aufgaben;
- Verbesserung der Voraussetzungen für ein aktives Standortmarketing;
- den effizienten Einsatz öffentlicher Mittel.

Dies alles unter der positiven Perspektive, dass aus einer derartigen verstärkten regionalen Zusammenarbeit längerfristig alle Beteiligten Nutzen ziehen.

In besonderer Weise gestaltet sich die Ausgangssituation in der Stadtregion Innsbruck. Zwischen der Landeshauptstadt und den umgebenden Gemeinden bestehen vielfältige Wechselbeziehungen, die eine zielgerichtete Zusammenarbeit zwingend erfordern. Mit der Einrichtung eines eigenen Planungsverbandes Innsbruck - Umland durch eine eigene Verordnung der Landesregierung, welche zu einem späteren Zeitpunkt erlassen wird, wird diesem Erfordernis Rechnung getragen.

2. Rechtliche Grundlagen

Die institutionelle Verankerung des regionalen Handels hat selbstverständlich den gegebenen rechtlichen Gestaltungsspielraum zu respektieren. Insbesondere gilt es, die verfassungsmäßig gewährleistete Gemeindeautonomie zu wahren. Es ist daher keinesfalls möglich, die Regionen als gebietskörperschaftliche Ebene mit eigenen Kompetenzen zu installieren. Nicht die Übertragung von Entscheidungskompetenzen an die Regionen steht daher zu Gebote, sondern die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zur Vorbereitung sachgerechter Entscheidungen durch die jeweiligen Kompetenzträger Gemeinde und Land.

In das Tiroler Raumordnungsgesetz 2001 wurde im Zuge der Novelle vom 9. März 2005 (LGBl. Nr. 35/2005) vor diesem Hintergrund der neue Abschnitt „Regionale Raumordnung“ eingefügt. Die §§ 23 bis 26 enthalten

Bestimmungen über die Bildung von regionalen Planungsverbänden und deren Förderung, über die Aufgaben der Planungsverbände, über Regionalprogramme und -pläne sowie über Bestandsaufnahmen und Vorarbeiten zu den neuen Formen der regionalen Planung.

3. Aufgaben der Planungsverbände

Dem kompetenzrechtlichen Rahmen entsprechend haben die Planungsverbände einen übertragenen und einen eigenen Wirkungsbereich. Im übertragenen Wirkungsbereich werden sie im Auftrag der Landesregierung tätig. Im eigenen Wirkungsbereich unterstützen sie die Verbandsgemeinden bei den Aufgaben der örtlichen Raumordnung und können weitere Aufgaben aus dem Wirkungsbereich der Gemeinden übernehmen, sofern die Mitgliedsgemeinden dies wollen.

Im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben im eigenen und im übertragenen Wirkungsbereich ist die Zusammenarbeit mehrerer Planungsverbände auf Basis entsprechender Vereinbarungen möglich. In jenen Fällen, wo zwischen zwei oder mehreren Planungsverbänden enge räumliche und wirtschaftliche Verflechtungen bestehen, ist eine Zusammenarbeit jedenfalls zielführend. Gemeinsame Anliegen können so besser verfolgt werden.

Im übertragenen Wirkungsbereich ist vorgesehen, dass die Planungsverbände an der Erstellung von Raumordnungsprogrammen (Regionalprogrammen) und Raumordnungsplänen (Regionalplänen) für das Verbandsgebiet, für Teile davon oder für das Gebiet mehrerer Planungsverbände mitwirken. Die Planungsverbände sind aufgefordert, von sich aus Vorschläge für die Erarbeitung von Regionalprogrammen oder Regionalplänen zu erstatten, wobei die grundlegenden Planungsziele anzugeben sind. Die Landesregierung wird prüfen, ob derartige Vorschläge zielführend sind und gegebenenfalls den Planungsverband mit der Durchführung des Planungsprozesses und – im Fall eines Regionalprogrammes – mit der Abwicklung des Verfahrens beauftragen.

Die Kosten für die Erstellung von regionalen Programmen oder -plänen sind vom Land zu tragen. Auch bleibt die endgültige Beschlussfassung über derartige Programme oder Pläne der Landesregierung vorbehalten.

Raumordnungsprogramme (Regionalprogramme) werden nach Abschluss des gesetzlich definierten Stellungnahmeverfahrens durch Verordnung der Landesregierung erlassen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bestandsaufnahmen sind darin jene Ziele, Grundsätze oder Maßnahmen festzulegen, die für eine

geordnete Entwicklung des Planungsgebietes erforderlich sind. Raumordnungsprogramme können für das ganze Land oder für Teile des Landes (Planungsgebiete) erlassen werden. Die Grenzen von Planungsgebieten dürfen die Grenzen von Planungsverbänden und Gemeinden schneiden, wenn dies vom Planungsinhalt her zweckmäßig ist.

An Maßnahmen kann in Raumordnungsprogrammen noch insbesondere festgelegt werden:

- dass bestimmte Gebiete oder Grundflächen für bestimmte Zwecke freizuhalten sind;
- dass bestimmte Gebiete oder Grundflächen der Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben, der Errichtung von infrastrukturellen Anlagen (Tourismus, Freizeit, Erholung) oder der Gewinnung von Rohstoffen vorzubehalten sind;
- dass bestimmte Grundflächen für die Errichtung von öffentlichen Gebäuden oder Anlagen vorzubehalten sind;
- dass bestimmte Grundflächen der Errichtung überörtlicher Verkehrswege vorzubehalten sind;
- dass die Widmung von Grundflächen als Bauland nur bis zu bestimmten Grenzen zulässig ist (überörtliche Siedlungsgrenzen);
- dass die Widmung von Grundflächen als Wohngebiet, Mischgebiet, Sonder- oder Vorbehaltsfläche aufgrund des Gefährdungspotenzials von Betrieben nur bis zu bestimmten Grenzen zulässig ist.

Raumordnungspläne (Regionalpläne) bilden Entscheidungsgrundlagen zu Fragen der räumlichen Entwicklung des Landes oder von Teilen des Landes. Sie können vom Amt der Landesregierung unter Mitwirkung der räumlich betroffenen Planungsverbände erstellt werden, sofern die Erlassung von Raumordnungsprogrammen nicht in Betracht kommt. Raumordnungspläne sind im Entwurfsstadium diversen öffentlichen Stellen, u. a. den Kammern, zur Abgabe einer Stellungnahme zu übersenden.

Raumordnungspläne können fachübergreifend (integral) oder fachbezogen (sektoral) ausgerichtet sein. Im Hinblick auf die jeweilige Fragestellung haben sie Ziele, Strategien oder Maßnahmen aufzuzeigen und auf die Möglichkeiten zur Koordination mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen hinzuweisen.

Die Art der Mitwirkung der Planungsverbände an der Erarbeitung von Raumordnungsprogrammen oder -plänen kann in verschiedener Form erfolgen und ist gesetzlich nicht näher vorausbestimmt. Sie hängt wesentlich von der Gestaltung des jeweiligen Planungsprozesses ab. Die Planungsverbände werden sich im Regelfall

externer Auftragnehmer für die Gestaltung des Planungsprozesses bedienen. Anzustreben ist eine schwerpunktmäßige Regionalplanung, das heißt, dass der Planungsprozess auf einzelne, den Planungsverband betreffende Schwerpunktthemen konzentriert wird.

Im eigenen Wirkungsbereich obliegt den Planungsverbänden zunächst einmal die Unterstützung der Gemeinden bei der örtlichen Raumordnung gemäß den von den Verbandsgemeinden konkret erteilten Aufträgen. In die Zuständigkeit des Gemeinderates wird nicht eingegriffen, ihm obliegt weiterhin die Beschlussfassung über die Auflegung der Entwürfe und über die Planungsergebnisse selbst.

Die Tätigkeit der Planungsverbände kann je nach Auftrag umfassen:

- die gemeinsame Aktualisierung von Bestandsaufnahmen bzw. die Erstellung von Planungsgrundlagen für die örtliche Raumordnung;
- ein abgestimmtes Vorgehen bei der Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte;
- die gemeinsame Durchführung der SUP (Strategische Umweltprüfung nach dem Tiroler Umweltprüfungsgesetz);
- die gemeinsame Vergabe von Planungsleistungen an Ortsplaner.

An die Planungsverbände können von den Gemeinden darüber hinaus weitere Aufgaben, welche im Zusammenhang mit der Örtlichen Raumordnung stehen, zugewiesen werden. Beispielhaft zu nennen sind:

- die Standort- oder Trassenfindung sowie die Konzeption von regionalen Einrichtungen, Anlagen oder Gewerbegebieten;
- der gemeinsame Einsatz von Sachverständigen vor allem im Bereich des Baurechtes;
- die Entwicklung und Umsetzung regionalwirtschaftlich bedeutsamer Projekte gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Regionalmanagements.

Aufgabe der Planungsverbände im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden ist weiters die Abgabe von Stellungnahmen in Verfahren zur Erlassung und Änderung von Raumordnungsprogrammen (§§ 9 und 10 TROG) sowie bei Ausnahmen von Raumordnungsprogrammen (§ 11 TROG).

Der Entwurf von Raumordnungsprogrammen, welche nur für einen Teil des Landes erlassen werden sollen, ist den im Planungsgebiet liegenden Planungsverbänden und Gemeinden zur Abgabe einer Stellungnahme zu übersenden. Bei der Erlassung ist für die

Abgabe der Stellungnahme eine Frist von zwei Monaten einzuräumen, im Falle einer Änderung beträgt die Frist einen Monat.

In Verfahren betreffend Ausnahmen von Raumordnungsprogrammen ist vor der Erlassung des Bescheides der betroffene Planungsverband zu hören.

Die Planungsverbände haben die Aufgabe, im Rahmen von Bestandsaufnahmen die für die überörtliche Raumordnung ihres Gebietes bedeutsamen Gegebenheiten und deren voraussehbaren Veränderungen zu erheben und festzuhalten. Von Seiten des Amtes der Landesregierung sind zu diesem Zweck die vorhandenen raumrelevanten Daten (z. B. Flächenbilanzen) zur Verfügung zu stellen.

Weiters werden für die Bestandsaufnahmen der Planungsverbände, welche eine wichtige Grundlage für die regionalen Planungsprozesse sind, auch die umfangreichen Bestandsdaten der einzelnen Gemeinden heranzuziehen sein.

4. Abgrenzung der Planungsverbände

Anstelle der bisher geltenden 55 Kleinregionen sollten zukünftig 36 Planungsverbände treten. Für deren Abgrenzung sind folgende Kriterien maßgeblich:

- geografische Gegebenheiten, z. B. Talschaften, Becken- oder Terrassenlagen;
- zentralörtliche Struktur sowie funktionale, wirtschaftliche und verkehrsmäßige Verflechtungen zwischen den Gemeinden;
- homogene räumliche und wirtschaftliche Struktur sowie vergleichbare raumordnerische Problemlagen;
- Größe und Anzahl der Gemeinden im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit der Verbandsgremien.

Bei fünf Planungsverbänden weicht die Abgrenzung von der Bezirksgrenze ab, das heißt, einzelne Gemeinden gehören Planungsverbänden des jeweils angrenzenden Bezirkes an. Es sind dies folgende Planungsverbände bzw. Gemeinden:

<i>Planungsverband 11</i>	Inntal – Mieminger Plateau, Gemeinde Wildermieming;
<i>Planungsverband 15</i>	Telfs und Umgebung – Salzstraße, Gemeinde Rietz;
<i>Planungsverband 28</i>	Untere Schranne – Kaiserwinkl, Gemeinden Kössen und Schwendt;
<i>Planungsverband 30</i>	Wilder Kaiser, Gemeinde Going;
<i>Planungsverband 31</i>	Brixental – Wildschönau, Gemeinde Wildschönau.

	Planungsverband	Anzahl Gemeinden	Einwohner 2004	Gemeinden
1	Tannheimertal	6	3.105	Grän, Jungholz, Nesselwängle, Schattwald, Tannheim, Zöblen
2	Reutte und Umgebung	11	17.208	Breitenwang, Ehenbichl, Höfen, Lechaschau, Musau, Pflach, Pinswang, Reutte, Vils, Wängle, Weißenbach am Lech
3	Oberes Lechtal	14	5.290	Bach, Elbigenalp, Elmen, Forchach, Gramais, Häselgehr, Hinterhornbach, Holzgau, Kaisers, Namlos, Pfafflar, Stanzach, Steeg, Vorderhornbach
4	Zwischentoren	6	6.342	Berwang, Biberwier, Bichlbach, Ehrwald, Heiterwang, Lermoos
5	Stanzertal	4	6.566	Flirsch, Pettneu am Arlberg, St. Anton am Arlberg, Strengen
6	Landeck und Umgebung	8	18.854	Fliess, Grins, Landeck, Pians, Schönwies, Stanz bei Landeck, Tobadill, Zams
7	Paznauntal	4	6.371	Galtür, Ischgl, Kappl, See
8	Sonnenterrasse	3	2.761	Fiss, Ladis, Serfaus
9	Oberes und Oberstes Gericht	11	10.028	Faggen, Fendels, Kaunerberg, Kaunertal, Kauns, Nauders, Pfunds, Prutz, Ried im Oberinntal, Spiss, Tösens
10	Imst und Umgebung	7	16.301	Imst, Imsterberg, Karres, Karrösten, Mils bei Imst, Nassereith, Tarrenz
11	Inntal – Mieminger Plateau	6	9.908	Mieming, Mötztal, Obsteig, Silz, Stams, Wildermieming
12	Pitztal	4	7.433	Arzl im Pitztal, Jerzens, St. Leonhard im Pitztal, Wenns
13	Ötztal	7	19.771	Haiming, Längenfeld, Ötz, Roppen, Sautens, Sölden, Umhausen
14	Seefeldler Plateau	4	7.517	Leutasch, Reith bei Seefeld, Scharnitz, Seefeld in Tirol
15	Telfs und Umgebung – Salzstraße	10	32.855	Flurling, Hatting, Inzing, Oberhofen im Inntal, Pettneu, Pfaffenhofen, Polling in Tirol, Rietz, Telfs, Zirl
16	Hall und Umgebung	6	35.314	Absam, Gnadenwald, Hall in Tirol, Mils, Rum, Thaur

	Planungsverband	Anzahl Gemeinden	Einwohner 2004	Gemeinden
17	Völs – Kematen und Umgebung – Sellrain	8	15.269	Gries im Sellrain, Kematen in Tirol, Oberperfuss, Ranggen, St. Sigmund im Sellrain, Sellrain, Unterperfuss, Völs
18	Westliches Mittelgebirge	6	15.392	Axams, Birgitz, Götzens, Grinzens, Mutters, Natters
19	Südöstliches Mittelgebirge	7	9.891	Aldrans, Ampass, Lans, Patsch, Rinn, Sistrans, Tulfes
20	Wattens und Umgebung	7	17.769	Baumkirchen, Fritzens, Kolsass, Kolsassberg, Volders, Wattenberg, Wattens
21	Stubaital	5	12.569	Fulpmes, Mieders, Neustift im Stubaital, Schönberg im Stubaital, Telfes im Stubai
22	Wipptal	12	14.592	Ellbögen, Gries am Brenner, Gschnitz, Matrei am Brenner, Mühlbachl, Navis, Obernberg am Brenner, Pfons, Schmirn, Steinach am Brenner, Trins, Vals
23	Achental	3	5.046	Achenkirch, Eben am Achensee, Steinberg am Rofan
24	Schwaz – Jenbach und Umgebung	11	37.534	Buch bei Jenbach, Gallzein, Jenbach, Pill, Schwaz, Stans, Terfens, Vomp, Weer, Weerberg, Wiesing
25	Zillertal	25	34.351	Aschau im Zillertal, Brandberg, Bruck am Ziller, Finkenberg, Fügen, Fügenberg, Gerlos, Gerlosberg, Hainzenberg, Hart im Zillertal, Hippach, Kaltenbach, Mayrhofen, Ramsau im Zillertal, Ried im Zillertal, Rohrberg, Schlitters, Schwendau, Strass im Zillertal, Stumm, Stummerberg, Tux, Uderns, Zell am Ziller, Zellberg
26	Brixlegg und Umgebung	8	19.537	Alpbach, Brandenburg, Brixlegg, Kramsach, Münster, Radfeld, Rattenberg, Reith im Alpbachtal
27	Kufstein und Umgebung	4	24.557	Kufstein, Langkampfen, Schwoich, Thiersee
28	Untere Schranne - Kaiserwinkl	8	16.883	Ebbs, Erl, Kössen, Niederndorf, Niederndorferberg, Rettenschöss, Schwendt, Walchsee
29	Wörgl und Umgebung	8	29.334	Angath, Angerberg, Bad Häring, Breitenbach am Inn, Kirchbichl, Kundl, Mariastein, Wörgl
30	Wilder Kaiser	4	9.393	Ellmau, Going am Wilden Kaiser, Scheffau am Wilden Kaiser, Söll

Planungsverband	Anzahl Gemeinden	Einwohner 2004	Gemeinden
31 Brixental – Wildschönau	6	21.883	Brixen im Thale, Hopfgarten im Brixental, Itter, Kirchberg in Tirol, Westendorf, Wildschönau
32 Leukental	7	26.933	Aurach bei Kitzbühel, Jochberg, Kirchdorf in Tirol, Kitzbühel, Oberndorf in Tirol, Reith bei Kitzbühel, St. Johann in Tirol
33 Pillerseetal	5	9.408	Fieberbrunn, Hochfilzen, St. Jakob in Haus, St. Ulrich am Pillersee, Waidring
34 Matriei und Umgebung – Deferegggen – Kals	8	12.513	Hopfgarten in Deferegggen, Kals am Großglockner, Matriei in Osttirol, Prägraten am Großvenediger, St. Jakob in Deferegggen, St. Johann im Walde, St. Veit in Deferegggen, Virgen
35 Sillian und Umgebung – Villgraten – Tilliach	10	9.733	Abfaltersbach, Anras, Außervillgraten, Heinfels, Innervillgraten, Kartitsch, Obertilliach, Sillian, Strassen, Untertilliach
36 Lienz und Umgebung	15	28.245	Ainet, Amlach, Assling, Dölsach, Gaimberg, Iselsberg-Stronach, Lavant, Leisach, Lienz, Nikolsdorf, Nußdorf-Debant, Oberlienz, Schlaiten, Thurn, Tristach

5. Organisation der Planungsverbände

Die Planungsverbände werden mit Verordnung der Landesregierung gebildet. Mit dieser Verordnung wird zugleich eine Satzung erlassen, welche die Organisation der Gemeindeverbände regelt.

Die Satzung enthält neben den Ausführungen betreffend Bildung und Aufgaben der Planungsverbände Bestimmungen über Organe, Überprüfungsausschuss und Geschäftsstelle der Planungsverbände.

Organe der Planungsverbände sind die Verbandsversammlung und der Verbandsobmann. Für Planungsverbände mit mehr als zwölf Gemeinden ist ein Verbandsausschuss zu bilden.

Die Verbandsversammlung setzt sich aus den Bürgermeistern der dem Planungsverband angehörenden Gemeinden zusammen. Der Verbandsausschuss setzt sich neben Obmann und Obmann-Stellvertreter aus weiteren drei, bei mehr als 21 Gemeinden aus weiteren sechs Ausschussmitgliedern zusammen. Die Anzahl der Mitglieder des Überprüfungsausschusses wird mit drei festgelegt. Geschäftsstelle des Planungsverbandes ist das Gemeindeamt der Sitzgemeinde.

6. Finanzierung

Den Planungsverbänden erwächst aus der Aufgabenstellung ein finanzieller Aufwand. Dieser setzt sich zusammen aus Kosten für externe Aufträge (Planung, Beratung u.a.), Kosten für die laufende Verwaltung und Organisation (Personalkosten, Raumkosten, Kommunikationskosten) und Kosten für Fachkräfte (z.B. Bau-sachverständige), soweit solche von Planungsverbänden direkt beschäftigt werden.

Der Anteil des Aufwandes, welcher aus den Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches erwächst, wird von Landesseite zu tragen sein.

Der Aufwand für die Erfüllung der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich ist von den, dem jeweiligen Planungsverband angehörenden Gemeinden selbst zu finanzieren. Die Satzung trifft dazu Bestimmungen betreffend den Aufwand und Überschuss von Planungsverbänden, die Haftung der Gemeinden untereinander sowie die Einbeziehung und Ausgliederung von Gemeinden in Planungsverbände bzw. aus Planungsverbänden.

Die dem Planungsverband angehörenden Gemeinden haben zu dem durch die Einnahmen (u. a. Kosten-

beiträge von Seiten des Landes) nicht gedeckten Aufwand des Planungsverbandes jährliche Beiträge zu leisten, deren Höhe sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen richtet. Ausschlaggebend ist das Ergebnis der jeweils letzten Volkszählung.

Es ist davon auszugehen, dass für die Planungsverbände in absehbarer Zeit kein großer organisatorischer Aufwand anfallen wird. Es wird vielmehr möglich sein, die organisatorischen Aufgaben mit Hilfe des Gemeindeamtes der Gemeinde zu bewerkstelligen, der der Verbandsobmann zuzurechnen ist. Verbandsobmann und Geschäftsstelle solcher Art in Verbindung zu bringen drängt sich schon deshalb auf, weil nur bei dieser Konstellation Weisungen und eine entsprechende Verantwortung durchgesetzt bzw. verfolgt werden können. Wegen des niedrigen Organisationsgrades erscheint die Belastung der Mitgliedsgemeinden entsprechend dem Einwohnerschlüssel angemessen; besondere Leistungen für eine Mitgliedsgemeinde sind entsprechend den anfallenden Kosten der die Leistung empfangenden Mitgliedsgemeinde in Rechnung zu stellen.

Ein allfälliger Überschuss des Planungsverbandes ist auf die nächstfolgenden Vorauszahlungen bzw. auf die nächstfolgenden Jahresbeiträge der einzelnen Gemeinden anzurechnen. Die einem Planungsverband angehörenden Gemeinden haften untereinander im Verhältnis ihrer Beitragspflicht.

7. Konstituierung, Wahl der Organe und weitere Arbeit der Planungsverbände

Als nächster Schritt steht die Einberufung der Verbandsversammlung zur konstituierenden Sitzung und die Wahl des Obmannes und seines Stellvertreters, in größeren Planungsverbänden zusätzlich die Wahl der weiteren Mitglieder des Verbandsausschusses an. In der konstituierenden Sitzung sind insbesondere § 140 in Verbindung mit den §§ 136 Abs. 1 dritter, sechster und siebter Satz, 137 Abs. 1 erster und dritter Satz und 138 erster, dritter, vierter, fünfter und sechster Satz der Tiroler Gemeindeordnung 2001 und § 75 Abs. 1 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 von Bedeutung.

Zur konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung hat der an Lebensjahren älteste Bürgermeister der dem Planungsverband angehörenden Gemeinden einzuberufen. Dieser Bürgermeister hat die konsti-

tuierende Sitzung zu eröffnen und den Vorsitz zu führen.

In der konstituierenden Sitzung ist vorerst der Obmann zu wählen. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist.

In der Folge ist der Obmann-Stellvertreter zu wählen. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist.

In der Folge sind in größeren Planungsverbänden nacheinander die weiteren Mitglieder des Verbandsausschusses und deren Ersatzmitglieder zu wählen. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist.

Schließlich sind nacheinander die Mitglieder des Überprüfungsausschusses und deren Ersatzmitglieder zu wählen. Voraussetzung für die Wählbarkeit ist die Mitgliedschaft im Gemeinderat einer Mitgliedsgemeinde; diese Voraussetzung erfüllen auch die der Verbandsversammlung angehörenden Bürgermeister, soweit sie nicht zum Obmann oder seinem Stellvertreter gewählt worden sind.

Nach Abschluss der Wahlen übergibt der Altersvorsitzende den Vorsitz an den Obmann und kann die Arbeit der Organe beginnen.

Für die weitere Arbeit der Organe ist § 140 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 von besonderer Bedeutung; für die Organe der Planungsverbände gelten danach die Bestimmungen über die Gemeindeorgane sinngemäß mit der Maßgabe, dass dem Gemeinderat die Verbandsversammlung, dem Gemeindevorstand der Verbandsausschuss, dem Gemeinde-Überprüfungsausschuss der Verbands-Überprüfungsausschuss und dem Gemeindeamt die Geschäftsstelle entspricht.

59.

Zur Vertretung von Gemeinderatsmitgliedern im Gemeinderat und in den gemeinderätlichen Ausschüssen

Die Tiroler Gemeindeordnung 2001 sieht in § 34 Abs. 3 Regelungen für den Fall einer Verhinderung eines Gemeinderatsmitgliedes wegen Befangenheit oder wegen des Vorliegens eines sonstigen wichtigen Grundes vor. Ein solches Gemeinderatsmitglied hat sich unter Angabe des Grundes unverzüglich beim Gemeindeamt zu entschuldigen. Der Bürgermeister hat daraufhin unverzüglich das Ersatzmitglied einzuberufen.

Es kommt immer wieder vor, dass sich ein Gemeinderatsmitglied nicht nur für einen Tagesordnungspunkt (etwa wegen Befangenheit) oder für eine einzelne Sitzung des Gemeinderates (etwa wegen einer beruflichen Verhinderung oder wegen Krankheit) sondern für mehrere Sitzungen entschuldigen muss, weil etwa ein mehrmonatiger Ausbildungslehrgang in einem anderen Bundesland zu besuchen ist.

In einem solchen Fall sollte die Entschuldigung jedenfalls schriftlich vorgenommen werden und den Zeitraum angeben, für den die Verhinderung besteht. Der Bürgermeister ist dann in der Lage, zu sämtlichen in diesem Zeitraum stattfindenden Sitzungen des Gemeinderates von vornherein das Ersatzmitglied einzuberufen. Das hat für das Ersatzmitglied den Vorteil, dass es sich entsprechend länger auf die Sitzung des Gemeinderates vorbereiten kann.

Es stellt sich immer wieder die Frage, ob für ein für einen längeren Zeitraum verhindertes Gemeinderatsmitglied eine Vertretung auch in den gemeinderätlichen Ausschüssen möglich ist. Diese Frage ist grundsätzlich zu bejahen. Scheidet nach § 22 Abs. 3 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 ein Mitglied des Gemeinderates aus, so rückt das nächste Ersatzmitglied jener Gemeinderatspartei, der das ausgeschiedene Mitglied angehört hat, an seine Stelle vor. Dies gilt auch für den Fall, dass ein Mitglied des Gemeinderates verhindert ist. Für die Dauer der Verhinderung des Gemeinderatsmitgliedes rückt nach der zitierten Gesetzesstelle das Ersatzmitglied nach und ist daher als Gemeinderatsmitglied mit allen Rechten und Pflichten anzusehen. Es besteht daher kein Bedenken wenn ein solches (auf Zeit nachgerücktes) Gemeinderatsmitglied von der nach § 83 Abs. 1 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 vorschlagsberechtigten Gemeinderatspartei (auf Zeit) in gemeinderätliche Ausschüsse entsendet wird.

Abschließend darf nochmals darauf hingewiesen werden, dass die vorliegenden Regeln nur für den Fall einer längeren Verhinderung eines Gemeinderatsmitgliedes wegen des Vorliegens eines wichtigen Grundes Anwendung finden. Eine Beurlaubung eines Gemeinderatsmitgliedes ist in der Tiroler Gemeindeordnung 2001 nicht vorgesehen.

60.

Verbuchung von Mahngebühren

Bei einer Gemeindeprüfung durch die BH Innsbruck wurde festgestellt, dass bei Mahnungen zwar die Mahngebühren und Säumniszuschläge auf den an die Steuerpflichtigen verschickten Mahnungen enthalten sind, in der Buchhaltung jedoch die vorgeschriebenen Mahngebühren und Säumniszuschläge buchhalterisch nicht erfasst werden.

Somit wird auch die Mahngebührenzahlung nicht mehr weiter verfolgt. Die Verbuchung allfällig bezahlter Mahngebühren erfolgt direkt auf dem Haushaltskonto in Einnahme (SOLL/IST) und nicht auf dem jeweiligen Steuerkonto.

Wie aus der Maske des KIM-Programmes Steuern und Abgaben ersichtlich ist, besteht beim Buchungsparameter die Möglichkeit „ohne Verbuchung der MG“

anzuhaken, somit erfolgt auch keine Verbuchung dieser Nebengebühr.

Offensichtlich wurde diese Möglichkeit aufgrund von Kundenwünschen eingebaut, sie sollte ein Stornieren der Mahngebühren nach Begleichen der Abgabenschuld ersparen.

Im § 175 der Tiroler Landesabgabenordnung – TLAO ist Folgendes festgelegt:

(1) Vollstreckbar gewordene Abgabenschuldigkeiten **sind** einzumahlen.

(2) Die Mahnung wird durch Zustellung eines Mahnschreibens vollzogen, in dem der Abgabepflichtige unter Hinweis auf die eingetretene Vollstreckbarkeit aufgefordert wird, die Abgabenschuld binnen zwei Wochen, von der Zustellung an gerechnet, zu bezahlen (Mahn-

klausel). Ein Nachweis der Zustellung des Mahnschreibens ist nicht erforderlich.

.....

(5) Im Falle einer Mahnung ist eine Mahngebühr in der Höhe von 5,- Euro zu entrichten. Sie wird bei Zustellung eines Mahnschreibens mit der Zustellung, bei Einziehung des Abgabebetrag durch Postauftrag mit der Vorweisung des Postauftrages fällig.

Demnach besteht bei öffentlichen Abgaben die **gesetzliche Verpflichtung** zur Entrichtung der Mahngebühren und damit auch zur Erfassung in der Buchhal-

tung. Die Firma Kufgem – EDV wurde daher gebeten, im entsprechenden Programm die derzeit bestehende Wahlmöglichkeit zu unterbinden und die gleichzeitige Vorschreibung und Verbuchung **zwingend** vorzusehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Erlassung von Mahngebühren nur aufgrund eines Beschlusses des Gemeindevorstands (Stadtrates) möglich ist. In diesem Fall handelt es sich um eine Abschreibung, die über die Post 6900 zu verbuchen ist.

Gemeinderevisor Gerhard Oberhofer,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten

61.

Kilometergeld und Reisezulage

Die Landesregierung hat mit Verordnung vom 29. November 2005 die Reisegebührevorschrift 1971 für Gemeindebeamte mit **Wirkung vom 28. Oktober 2005** geändert. Die Reisegebührevorschrift 1971 für Gemeindebeamte findet nach § 20 des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes auch auf die Vertragsbediensteten und nach § 14 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 auch auf den Bürgermeister und die anderen Mitglieder des Gemeinderates Anwendung. Für die übrigen Bediensteten sollte eine Regelung mit Gemeinderatsbeschluss getroffen werden.

Das Kilometergeld beträgt ab 28. Oktober 2005:

- a) für Motorfahräder und Motorräder mit einem Hubraum bis 250 cm³ 0,119 Euro,
- b) für Motorräder mit einem Hubraum über 250 cm³ 0,212 Euro,
- c) für Personen- und Kombinationskraftwagen 0,376 Euro,
- d) für jede Person, deren Mitbeförderung dienstlich notwendig ist 0,045 Euro.

Die Reisezulage (Tages- und Nächtigungsgebühr) wurde nicht geändert und beträgt:

Tagesgebühr	26,4 Euro
Nächtigungsgebühr	27,3 Euro
Nächtigungsgebühr bei Reisen in andere Bundesländer	36,4 Euro.

Werden Unterkunft bzw. Verpflegung zur Gänze von Amts wegen oder von dritter Seite getragen, besteht kein Anspruch auf die Tages- bzw. Nächtigungsgebühr. Wird teilweise freie Verpflegung von Amts wegen oder von dritter Seite gewährt oder ist teilweise die Verpflegung im Fahrpreis oder in anderen vom Dienstgeber zu ersetzenden Abrechnungen bereits enthalten, so ist die Tagesgebühr für das Frühstück um 15 v.H., für das Mittag- und das Abendessen um je ein Drittel zu kürzen.

Der Bedienstete erhält für je 24 Stunden der Dienstreise die volle Tagesgebühr. Bruchteile bis zu vier Stunden bleiben unberücksichtigt. Für Bruchteile in der Dauer von mindestens vier Stunden gebührt ein Drittel und für sieben Stunden gebühren zwei Drittel der Tagesgebühr. Bruchteile von mindestens zehn Stunden werden als volle 24 Stunden gerechnet.

62.

Aktion „Löschdecken retten Leben“

Die Advents- und Weihnachtszeit steht vor der Tür und nachgewiesener Weise gibt es gerade in dieser ruhigen und besinnlichen Zeit überdurchschnittlich viele Brände, die von brennenden Kerzen, Adventkränzen oder Christbäumen ausgehen. In solchen Fällen kann rasches Eingreifen und Löschen des Brandherdes größere Schäden wirksam verhindern.

Um auf diese Gefahr geeignet reagieren zu können, haben das Land Tirol, die Tiroler Feuerwehren, die Landeskommission für Brandverhütung und die Tiroler Versicherung die Aktion „Löschdecken retten Leben“ ins Leben gerufen. Vorbild war die Aktion „Rauchmelder können Leben retten“, die vor zwei Jahren äußerst erfolgreich durchgeführt wurde.

Wie läuft diese Aktion ab?

Es ist gelungen, hochwertige Qualitäts-Löschdecken zu einem äußerst günstigen Preis (Abgabepreis € 18,- pro Decke) anzuschaffen. Die Bestellung und Verteilung der Löschdecken erfolgt über die Feuerwehren Tirols.

Um jedoch den Mitbürgern den Sinn und Zweck dieser Aktion näher zu bringen und entsprechende Bestellmöglichkeiten zu bieten, werden die Gemeinden Tirols ersucht, diese Aktion mit zu tragen und zu unterstützen.

Es wurde ein Flugblatt ausgearbeitet, das die entsprechenden Informationen beinhaltet. Diese Informationsblätter, die als amtliche Mitteilung an alle Haushalte oder über Gemeindezeitungen/informationen an alle Haushalte verteilt werden sollen, werden in den nächsten Tagen den Gemeinden zur Verteilung zugestellt werden.

Der Beitrag der Gemeinden zu dieser Aktion wäre einerseits den Versand der Informationsblätter zu übernehmen und andererseits die von der Bevölkerung im Gemeindeamt abgelieferten Bestellscheine an die örtlichen Feuerwehren weiterzuleiten.

aus: Landesrat Konrad Streiter,
Rundschreiben vom 16. November 2005

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR OKTOBER 2005 (vorläufiges Ergebnis)		
	September 2005 (endgültig)	Oktober 2005 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000 Basis: Durchschnitt 2000 = 100	111,1	111,1
Index der Verbraucherpreise 96 Basis: Durchschnitt 1996 = 100	116,9	116,9
Index der Verbraucherpreise 86 Basis: Durchschnitt 1986 = 100	152,9	152,9
Index der Verbraucherpreise 76 Basis: Durchschnitt 1976 = 100	237,6	237,6
Index der Verbraucherpreise 66 Basis: Durchschnitt 1966 = 100	417,1	417,1
Index der Verbraucherpreise I Basis: Durchschnitt 1958 = 100	531,4	531,4
Index der Verbraucherpreise II Basis: Durchschnitt 1958 = 100	533,1	533,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2005 beträgt 111,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber September 2005 (111,1 endgültige Zahl) unverändert geblieben (September 2005 gegenüber August 2005: + 0,4%). Gegenüber Oktober 2004 ergibt sich eine Steigerung um 2,0% (September 2005/2004: +2,4%).</p>		

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck